

## **Kinderarbeit – Ausbeutung von Kindern stoppen, Bildungschancen sicherstellen**

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte unter der Leitung von Arnold Vaatz MdB vom 21. Januar 2009:

***„Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitnehmern dürfen nicht toleriert werden.“***

**(Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands)**

Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind weltweit Millionen von Kindern erwerbstätig. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht von etwa 218 Millionen Kinderarbeitern im Alter von 5 bis 17 Jahren aus. Laut ILO-Schätzungen sind sechs Millionen Kinder in Lateinamerika im weitesten Sinne erwerbstätig, 49 Millionen in Afrika und 122 Millionen in Asien, wo fast 20 Prozent aller Kinder bis 14 Jahren erwerbstätig sind.

Dabei sind die Formen von Kinderarbeit – nicht gemeint sind damit zum Beispiel Tätigkeiten in der Familie oder zur Aufbesserung des Taschengelds, soweit sie nicht die Gesundheit, die persönliche Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen oder deren schulische Ausbildung beeinträchtigen - weltweit sehr unterschiedlich: Am häufigsten arbeiten Kinder in der Landwirtschaft, oft in der eigenen Familie oder in Familienbetrieben. Darüber hinaus werden besonders viele Mädchen in Privathaushalten beschäftigt. In der Altersgruppe zwischen fünf und 17 Jahren sind weltweit 126 Millionen Kinder gezwungen, unter gefährlichen Bedingungen zu arbeiten: Sie schuften in Steinbrüchen oder Minen, in Chemiefabriken oder als Lastenträger. Ihre Lage unterscheidet sich oftmals kaum von Zwangsarbeitern oder Sklaven.

Hinzu kommen die Kinder, die als Kindersoldaten, als Hausklaven oder als Prostituierte bzw. für pornografische Zwecke missbraucht werden. Nach Schätzung der Vereinten Nationen werden jährlich mehr als eine Million Kinder zur Prostitution gezwungen. Die meisten von diesen Kindern haben noch nie eine Schule besucht und erhalten dadurch keine Chance, dem Teufelskreis aus Armut, Analphabetismus, Diskriminierung und Ausbeutung zu entfliehen.

In den Ländern, in denen es Kinderarbeit gibt, sind 900 Millionen Erwachsene arbeitslos. Damit ist klar, dass Kinderarbeit in der Regel kein Zeichen von Arbeitskräftemangel ist,

sondern vielmehr ein Indiz für gezielte und profitmaximierende Ausbeutung. Denn Kinder erhalten – wenn überhaupt – nur ein Bruchteil des Verdienstes von Erwachsenen.

Diese Situation steht im drastischen Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen, die die meisten Staaten der Welt ratifiziert haben, wie z.B. die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1989. Auch aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist der besondere Schutz von Kindern vor Ausbeutung und Missbrauch und ihr Recht auf Bildung ableitbar. Darüber hinaus beinhalten die Kernarbeitsnormen der ILO, die im Rahmen von acht Konventionen bereits durch rund 150 Mitgliedsstaaten ratifiziert worden sind, sowie die „Agenda für menschenwürdige Arbeit“ der ILO die Forderung nach Abschaffung der Kinderarbeit. Doch diese internationalen Vereinbarungen bzw. Vorgaben werden in vielen Ländern weder angewendet noch durchgesetzt.

Internationale und auch deutsche Kinder- und Entwicklungshilfeorganisationen betreiben und unterstützen seit Jahren Initiativen, die sich gegen Kinderarbeit und die Ausbeutung von Kindern richten. In Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen, die die Halbierung der Armut sowie Grundbildung für alle Kinder bis 2015 anstreben, zielen die Projekte auf die Bekämpfung von generationsübergreifender Armut, auf die Verbesserung der Einkommenssituation der Eltern sowie auf Bildung und Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ab. Zudem informieren die Organisationen mittels Aufklärungskampagnen in Ländern wie Deutschland die Verbraucher darüber, wie sie durch ihr Konsumverhalten Einfluss auf Produktionsprozesse nehmen können, denn es muss der Leitsatz gelten: „Kinder- und Zwangsarbeit ist menschenunwürdig – für alle Menschen, ob in Deutschland oder in anderen Ländern“. Wir dürfen unseren Wohlstand nicht auf Kinderarbeit stützen, weder im privaten noch im öffentlichen Bereich.

„Kinderarbeit“ ist ein globales Thema. Um die Abschaffung von Kinderarbeit zu erreichen, müssen die Staaten, die involvierten internationalen Organisationen wie ILO oder Vereinte Nationen als auch die in diesem Kontext engagierten Nichtregierungsorganisationen zusammen arbeiten. Die CDU Deutschlands fordert deshalb:

### ***Internationale Standards durchsetzen***

1. Kinderarbeit missachtet Kinderrechte und damit Menschenrechte. Diese Rechte sind in internationalen Vereinbarungen verbrieft und wurden von den meisten Staaten ratifiziert. Die Anwendung und Durchsetzung dieser Standards, beispielsweise durch strikte und regelmäßige Kontrollen und strafrechtliche Sanktionen, ist in vielen Ländern mangelhaft. Darüber hinaus fehlt es den Regierungen oft an politischem

Willen, gegen ausbeuterische Unternehmen vorzugehen, und Korruption verhindert zusätzlich effektive Maßnahmen. Die internationale Gemeinschaft, die ILO und auch die deutsche Bundesregierung - zum Beispiel im Rahmen ihrer bilateralen Rechtsstaatsdialoge - müssen diese Kontrolle und Durchsetzungsmechanismen nachdrücklich einfordern. Organisationen wie die Welthandelsorganisation sollten sich ebenfalls des Themas Kinderarbeit annehmen. Die Staaten, die den entsprechenden Abkommen gegen Kinderarbeit noch nicht beigetreten sind, sind dringend aufgefordert, diesen Schritt zu tun.

2. Die Kommission der Europäischen Union (EU) muss ihr handelspolitisches Instrumentarium zur Durchsetzung dieser internationalen Standards einsetzen. Die EU-Kommission muss verstärkt die Einhaltung und den Ausbau dieser internationalen Standards in ihren Verträgen mit Drittstaaten verankern und Instrumente für ein regelmäßiges Monitoring unterstützen. Auch das Europäische Parlament sollte, wenn es Verträge der EU mit Drittstaaten ratifiziert, in Zukunft darauf achten, dass diese Staaten sich zur Durchsetzung dieser Standards bekennen.

### ***Ursachen bekämpfen, Bildung fördern***

3. Armut ist eine wesentliche Ursache für Kinderarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern. In diesem Sinn sind insbesondere die Millenniums-Entwicklungsziele mit der Halbierung der Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bis 2015 und der Ermöglichung von Grundbildung für alle Kinder wichtige Schritte, um Armut zu bekämpfen und den Teufelskreis aus Bildungsmangel und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen. Auch die Aufklärung und Bildung der Eltern ist notwendig, damit sie verstehen, welche negativen Auswirkungen die Arbeit ihrer Kinder auf deren Zukunft hat.
4. Häufig ist Armut über Generationen hinweg verfestigt und geht einher mit sozialer, politischer und wirtschaftlicher Diskriminierung. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Regierungen der Länder zu drängen, sich für Minderheitenrechte und gegen Diskriminierung von sozialen Gruppen einzusetzen.

## **Konsumverhalten verändern**

5. Die Durchsetzung der international vereinbarten Kernarbeitsnormen muss in jedem Land gelingen – das Verhalten der in- und ausländischen Konsumenten spielt dabei eine entscheidende Rolle. Weltweite Aufklärungskampagnen für ethisch korrektes Konsumverhalten sind wichtig. Auch in Deutschland bestimmt für große Teile der Bevölkerung der Preis ganz entscheidend eine Kaufentscheidung. Ethische Kriterien wie die nach den Herstellungsbedingungen und Kinderarbeit sind vielen Menschen nicht präsent. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit kann es gelingen, noch mehr Menschen für Produkte gewinnen, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Dabei helfen in Deutschland auch verschiedene Zertifikate und Siegel (Xertifix für Natursteine, FairTrade für Lebensmittel, Kaffee, Baumwolle etc.; Rugmark für Teppiche) sowie Kampagnen (Earthlink: „Aktiv gegen Kinderarbeit“; Kampagne für Saubere Kleidung), die für Produkte ohne Kinderarbeit stehen. Siegel und Zertifikate müssen glaubhaft, sicher und für diejenigen, die Konsumententscheidungen treffen, verständlich sein. Alle in diesem Sinne anerkannten Siegel und Zertifikate sollten in einer Liste geführt werden, um der öffentlichen Hand Beschaffungsentscheidungen zu erleichtern. Ziel sollte ein einheitliches, branchenübergreifendes Siegel sein, welches die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen – und damit die Ächtung ausbeuterischer Kinderarbeit – dokumentiert. Die Gültigkeit der durch mit den Siegeln und Zertifikaten bestätigten Standards muss durch unabhängige Kontrolleure jederzeit überprüfbar sein.
6. Viele Materialien wie Granit oder Natursteine für den Straßenbau oder für Fassaden stammen potenziell aus Produktionsstätten, in denen Kinder arbeiten müssen. Aus diesem Grund sollten in den entsprechenden Vergabeverfahren soziale Mindeststandards Berücksichtigung finden, die Kinderarbeit oder Arbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen verbieten. Denn es kann nicht sein, dass allein der Preis entscheidet und dadurch Kinderarbeit toleriert wird. Haushaltssanierung auf dem Rücken arbeitender Kinder in anderen Teilen der Welt wäre ein Skandal! Daher ist es richtig, in den bundesrechtlichen Regelungen die Berücksichtigung sozialer Belange festzuschreiben. Auch kommunale und kirchliche Träger von Friedhöfen sollten sich dafür einsetzen, dass möglichst keine Grabsteine aus Kinderarbeit auf Friedhöfen aufgestellt werden.
7. Die CDU Deutschlands wird in ihrem eigenen Beschaffungswesen darauf achten, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu kaufen.